

Antrag für den
Rat
am 19.12.2011

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785
Fax: 0551/400-2904
GrueneRatsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de

18.11.2011

Mehr Transparenz bei städtischen Leistungen und Subventionen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass den NutzerInnen von (Dienst-) Leistungen der Stadt, ihrer Einrichtungen, Eigenbetriebe und der mit ihnen (v. a. durch Zuschüsse) verbundenen Einrichtungen unmittelbar und regelmäßig das Verhältnis von Kosten; Zuschüssen und Eigenbeiträgen transparent *gemacht* wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zu entwickeln, wie dies für die einzelnen Bereiche umgesetzt werden kann.

Begründung:

In Zeiten knapper Kassen ist Transparenz eine notwendige Voraussetzung, einerseits für die Herbeiführung einer gerechten Verteilung von Kosten und Lasten und andererseits für die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz politischer Entscheidungen in der *Bürgerschaft*.

Bürgerinnen haben ein Recht darauf, zu erfahren, was Verwaltungsakte und städtische Dienstleistungen kosten, wie sie finanziert werden und in welchem Umfang und Verhältnis v. a. öffentliche Zuschüsse und private Eigenbeiträge (Gebühren, Eintrittspreise u.a.) zur Finanzierung beitragen. Eine ähnliche Intention hatte bereits ein von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN am 4.7.2003 im Rat gestellter Antrag, der jedoch im Sande verlaufen ist (behandelt u. a. im Rat (5.11.2004) und im Finanzausschuss (1.12.2004, 18.1.2005).

Durch die doppische Haushaltsführung sollte es kein Problem sein, entsprechend des altmodischen Prinzips von Klarheit und Wahrheit der Haushaltsführung faktisch getätigte Subventionierungen, z.B. bei der Veräußerung von Gewerbeflächen, transparent als solche auszuweisen. Auch das vom Rat mit der Informationsfreiheitssatzung im § 16 beschlossene Prinzip der maximalen Öffentlichkeit gebietet die Veröffentlichung aller den Entscheidungsprozessen des Rates zugrunde liegenden Informationen.

Die Antrag stellende Fraktion bittet angesichts der langjährigen Geschichte des Themas und der aktuellen Debatte über einen „Zukunftsvertrag“ und der mit ihm verbundenen gerechten Verteilung von Lasten und Nutzen um einen Direktbeschluss des Rates.